



Hans-Peter Mayer MdEP



Straßburg Aktuell

Nr. 60 - Plenarwoche 9. - 13. Juli 2007

Informationen Ihres Europaabgeordneten
Professor Dr. Hans-Peter Mayer, CDU/EVP-ED



I. Allgemeine Informationen

1. Online-Portal für den Mittelstand in Betrieb

Kleine und mittelständische Unternehmen (KMU) können sich online unter http://ec.europa.eu/enterprise/sme/index_de.htm über für sie relevante EU-Gesetze, Förderprogramme und Initiativen informieren. Links geben Hinweise über KMU-Politik in Europa, KMU-Finanzierung durch EU-Mittel, den europäischen Binnenmarkt und sektorspezifische Politiken der EU. Darüber hinaus werden Informationen über europaweite KMU- Dienste, also Anlaufstationen für Mittelständler, gegeben.

2. Entbürokratisierung

Die Verfahren für die Gewährung von EU-Fördermitteln werden vereinfacht. Nach dem EU-Haushaltsrecht werden in größerem Umfang als bisher Pauschalbeträge bezahlt werden, so dass die Empfänger ihre Ausgaben nicht mehr bis ins Detail belegen müssen. Das wird es KMUs, Kommunen, Schulen, Universitäten und Forschungseinrichtungen erleichtern, EU-Fördermittel zu erhalten. Informationen zu den Fonds, eine Übersicht über die neuen Finanzregeln und über Fördermittelmöglichkeiten für den Zeitraum 2007-2013 finden Sie hier:

http://ec.europa.eu/budget/other_main/funds_rules_de.htm

II. Das Europäische Parlament (EP) hat u.a. folgende Gesetzestexte und Erklärungen beschlossen:

1. Regierungskonferenz zur Reform der EU-Verträge

Das EP befürwortet ausdrücklich die Einberufung der Regierungskonferenz zur Reform der EU-Verträge. Es begrüßt die große Präzision des auf dem EU-Gipfel im Juni beschlossenen Mandats sowie den straffen Zeitplan für den Abschluss der Regierungskonferenz. Positiv ist auch, dass viel von der Substanz des Verfassungsvertrages erhalten bleibt, etwa die Rechtspersönlichkeit der Union, die Ausweitung der Abstimmung mit qualifizierter Mehrheit im Ministerrat und der Mitentscheidung durch das Parlament sowie den rechtsverbindlichen Status der Grundrechtecharta. Auch die Tatsache, dass das Mandat die Einfügung bestimmter neuer Elemente in die Verträge vorsieht, z.B. durch die ausdrückliche Erwähnung des Klimawandels und der Solidarität im Energiesektor, bewerten die Abgeordneten positiv. Sie fordern die Mitgliedstaaten daher auf, sich den Verpflichtungen, die sie im Europäischen Rat (Gipfel) eingegangen sind, nicht zu entziehen.

2. Verbot von quecksilberhaltigen Fieberthermometern

Das EP hat die Richtlinie zur Beschränkung des Inverkehrbringens gewisser quecksilberhaltiger Messinstrumente verabschiedet. In Zukunft darf Quecksilber in Fieberthermometern sowie in anderen zum Verkauf an die Öffentlichkeit bestimmten Messinstrumenten wie z.B. Manometer, Barometer, Blutdruckmessgeräte, andere Thermometer als Fieberthermometer nicht mehr in Verkehr gebracht werden. Die Mitgliedstaaten müssen die neue Richtlinie 18 Monate nach ihrem Inkrafttreten

anwenden. Das Verbot erstreckt sich nur auf das Inverkehrbringen neuer Messinstrumente und gilt nicht für Geräte, die bereits in Verwendung sind. Ausnahmen gelten ausdrücklich für quecksilberhaltige Messinstrumente, die bei Inkrafttreten der Richtlinie älter als 50 Jahre sind, da diese als Antiquitäten oder Kulturgüter zu betrachten sind.

3. Kennzeichnung Strom sparender Bürogeräte

Eine neue Verordnung soll die Kennzeichnung Strom sparender Bürogeräte im Rahmen des Energy-Star-Programms von EU und USA einheitlich regeln. Zu den Ergänzungen des EPs am Vorschlag der EU-Kommission gehören z.B. die Vorschrift, Bildungs- und Werbeinitiativen für Energy Star durchzuführen, und die Auflage für den öffentlichen Sektor, nur Produkte zu erwerben, die den Stromsparanforderungen des Programms genügen. Energy Star ist ein weltweit gebräuchliches Kennzeichnungssystem für Bürogeräte wie Computer, Bildschirme, Drucker, Kopierer, Scanner und Faxgeräte. Das EP ist der Auffassung, dass der öffentliche Sektor bei der Verwirklichung der Energieeffizienzziele der EU mit gutem Beispiel vorangehen sollte.

4. Aussichten für den gemeinsamen Erdgas- und Elektrizitätsmarkt

Das EP fordert weitere Anstrengungen zur Schaffung einer gemeinsamen Energiepolitik. Die Abgeordneten halten die eigentumsrechtliche Entflechtung für das wirksamste Instrument, um diskriminierungsfrei Investitionen in Infrastrukturen, einen fairen Zugang zum Stromnetz für Neueinsteiger und die Transparenz des Marktes zu fördern. Der auch als "Unbundling" bekannte Prozess bezeichnet die Trennung der Netzinfrastuktur zur Übertragung von Strom bzw. Gas von den Tätigkeiten wie Erzeugung und Förderung, Handel und Vertrieb. Das EP setzt sich dafür ein, dass regulierte Tarife und Subventionen für nicht erneuerbare Energien abgeschafft werden.

5. Mehr Rechte bei Unfall im Ausland

Das EP verabschiedete die so genannte Rom II-Verordnung, für die nach vierjährigen Verhandlungen ein Kompromiss mit dem EU-Ministerrat gefunden worden war. Die Verordnung soll dafür sorgen, dass die Gerichte in allen Mitgliedstaaten in grenzübergreifenden Rechtsfällen bei der zivilrechtlichen Haftung das gleiche Recht anwenden, nämlich generell das Recht des Ortes, an dem der Schaden eingetreten ist. Beispielsweise bei einem Verkehrsunfall in Polen das polnische Recht. Die Gerichte in den Mitgliedstaaten müssen die neuen Regeln ab Anfang 2009 anwenden.

6. Mehr Preistransparenz bei Flugtickets

Passagiere müssen künftig bereits während der Buchung über den tatsächlichen Flugpreis sowie über alle anfallenden Kosten wie Steuern, Flughafengebühren oder andere Abgaben informiert werden. Auf diese Weise will das EP für mehr Preistransparenz bei Flugtickets sorgen und missverständlichen Preisauskünften entgegenreten. Bislang werden Flugpreise vielfach ohne Angaben diverser Kostenfaktoren veröffentlicht.

III. Weitere Themen waren

- Ermittlung und Ausweisung kritischer europäischer Infrastrukturen
- Neuauflage des EU-Gesundheitsprogramms
- Neue EU-Gesetzgebung zu Lebensmittelzusatzstoffen
- Öffnung der EU-Postmärkte zum 1. Januar 2011
- Prioritäten der portugiesischen Ratspräsidentschaft
- Arbeitsrecht für das 21. Jahrhundert

Berichte, Gesetzestexte und Protokolle der Sitzungen finden Sie im Internet unter:

<http://www.europarl.ep.ec/> oder <http://www.europarl.europa.eu/activities/expert.do?language=de&redirection>

Das Portal zum Recht der EU finden Sie unter: <http://europa.eu.int/eur-lex/de/index.html>
